

### Claudia Brandt (Autor)

# Das Wettbewerbsrecht der Europäischen Union und der Tschechischen Republik

 Eine rechtsvergleichende Analyse des Kartell-,Beihilfenund Vergaberechts



https://cuvillier.de/de/shop/publications/3040

#### Copyright:

Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentzsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen, Germany

Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: https://cuvillier.de

## Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Einleitung	1
2. Teil: Allgemeines	5
A. Rahmenbedingungen zur Angleichung des Wirtschaftsrechts der Tschechisch	hen
Republik an das EU-Recht	5
B. Das Assoziationsrecht	8
I. Das Europa-Abkommen mit der Tschechischen Republik	8
1. Allgemeines zum Europa-Abkommen	
2. Die wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen des Europa-Abkommens	
3. Rang und Geltung des Europa-Abkommens in der gemeinschaftlichen	
Rechtsordnung und im tschechischen Recht	13
a) Die Stellung des Europa-Abkommens im Gemeinschaftsrecht	13
b) Die Stellung des Europa-Abkommens in der Tschechischen Republik	18
II. Sekundäres Assoziationsrecht – die Durchführungsbestimmungen	
gem. Art. 64 III EA	20
1. Die Durchführungsbestimmungen gem. Art. 64 III EA	
2. Rang und Geltung des "sekundären Assoziationsrechts"	23
C. D'. A. al. al. al. al. al. al. al. al. al. al	25
C. Die Angleichung des nationalen Wettbewerbsrechts	<i>4</i> 3
3. Teil: Das Kartellrecht der Europäischen Union und der Tschechischen Republik.	29
A. Einleitung	29
I. Allgamainas zu dan gamainsahaftsraahtliahan Varsahan	20
I. Allgemeines zu den gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben	
Anwendungsbereich     a) Persönlicher Anwendungsbereich	
b) Räumlicher Anwendungsbereich	
c) Ausnahmebereiche	
2. Organzuständigkeit	
3. Relevanter Markt	
II. Allgemeines zum tschechischen "Gesetz über den Schutz des	
Wettbewerbs" (GSW)	34
1. Anwendungsbereich	
a) Persönlicher Anwendungsbereich	35
b) Räumlicher Anwendungsbereich.	
c) Ausnahmebereiche	
2. Organzuständigkeit	
3. Relevanter Markt	

B. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	40
I. Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen gem. Art. 81 EGV	40
1. Tatbestand	
2. Rechtsfolgen und Sanktionen.	
3. Ausnahmen vom Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen	
II. Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen gem. Art. 3 ff. des	
tschechischen GSW	44
1. Tatbestand	
2. Rechtsfolgen und Sanktionen.	
3. Ausnahmen vom Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen	
a) De-minimis-Regel des Art. 6 GSW	
b) Ausnahmen gem. Art. 8 i.V.m. Art. 9 GSW	
c) Ausnahmen gem. Art. 9 i.V.m. Art. 26 GSW	
4. Bewertung der EU-Konformität der derzeitigen Rechtslage	
III. Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen gem.	
Art. 64 I i EA und den diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen	53
7 II. 04 1 1 E/1 und den diesoezagnenen Darentamangsoesammangen	
C. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	55
I. Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	
gem. Art. 82 EGV	
1. Tatbestand	55
2. Rechtsfolgen und Sanktionen.	57
3. Ausnahmen	57
II. Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	
gem. Art. 10, 11 des tschechischen GSW	58
1. Tatbestand	58
2. Rechtsfolgen und Sanktionen.	60
3. Ausnahmen	61
4. Bewertung der EU-Konformität der derzeitigen Rechtslage	
III. Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung gem.	
Art. 64 I ii EA und den diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen	62
D. Der Schutz des geistigen und gewerblichen Eigentums im europäischen	
und tschechischen Wettbewerbsrecht	63
I. Die Rechtslage in der Europäischen Union	
2. Zulässige und verbotene Formen der Ausübung von Schutzrechten	
aa) Art. 81 EGV und die Kechte am geistigen und geweiblichen Eigentum	
bb) Gruppenfreistellungs-Verordnungen unter Art. 81 III EGV	
b) Art. 82 EGV und die Rechte am geistigen und gewerblichen Eigentum	68
II. Die Rechtslage in der Tschechischen Republik	
Die Rechte am geistigen und gewerblichen Eigentum und	
ihr Schutz in den MOEL	69
~	

2. Zulässige und unzulässige Formen der Ausübung von Schutzrechten	
unter dem tschechischen GSW	
a) Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	
b) Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	
III. Ergebnis	77
E. Fusionskontrolle	78
I. Fusionskontrolle gem. VO (EWG) Nr. 4064/89	78
1. Tatbestand	78
2. Rechtsfolgen, Prüfungsverfahren und Sanktionen	79
3. Die geplante Reform der europäischen Fusionskontrolle	80
II. Fusionskontrolle gem. Art. 12 - 19 des tschechischen GSW	
1. Tatbestand	
2. Rechtsfolgen und Verfahren.	
3. Bewertung der EU-Konformität der derzeitigen Rechtslage	86
III. Fusionskontrolle gem. den Durchführungsbestimmungen zu Art. 64 I i, ii EA	
F. Verfahren und Rechtsschutz	88
I. Kartellrechtliches Verfahren und Rechtsschutz in der EG	88
1. Verfahren	
2. Rechtsschutz.	
3. Die Reform der Verordnung 17/62	
II. Kartellrechtliches Verfahren und Rechtsschutz in der Tschechischen Republik	
1. Verfahren.	
2. Rechtsschutz.	
3. Bewertung der EU-Konformität und Reformbestrebungen	
G. Praktische Erfahrungen mit dem tschechischen Kartellrecht	98
I. Personelle und finanzielle Ausstattung des tschechischen Wettbewerbsamtes	98
II. Unabhängigkeit des tschechischen Wettbewerbsamtes	
III. Das kartellrechtliche Verfahren vor dem tschechischen Wettbewerbsamt	
IV. Der Entscheidungsfindungsprozess des tschechischen Wettbewerbsamtes	
im kartellrechtlichen Verfahren.	
1. Industriepolitische Erwägungen.	
2. Berücksichtigung der Entscheidungspraxis der EG-Kommission und des EuGH.	
V. Transparenz	112
H. Abschließende Betrachtungen zur Angleichung des	
tash sahisah su Wantallusahta	114

### 4. Teil: Das Beihilfenrecht der Europäischen Union und der Tschechischen Republik....118

A. Einleitung	118
B. Das Beihilferecht der Europäischen Union	122
I. Allgemeines zu den gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben	122
1. Anwendungsbereich	
a) Räumlicher Anwendungsbereich	
b) Ausnahmebereiche	
2. Organzuständigkeit	123
II. Tatbestand des Art. 87 EGV	123
1. Der beihilfenrechtliche Verbotstatbestand, Art. 87 I EGV	123
a) Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen	124
b) Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige	
c) Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung	125
2. Ausnahmen vom Beihilfeverbot, Art. 87 II und III EGV	127
a) Legalausnahmen des Art. 87 II EGV	
b) Ermessenstatbestände des Artikel 87 III EGV	
aa) Art. 87 III a) EGV	
bb) Art. 87 III b) und d) EGV	
cc) Art. 87 III c) EGV	
III. Verfahren und Rechtsschutz	
1. Verwaltungsverfahren	
a) Das Verfahren bei bestehenden Beihilfen.	
b) Das Verfahren für neue Beihilfen	
d) Die Beteiligung Dritter im Verwaltungsverfahren	
e) Transparenz und Geheimhaltung von Informationen	
2. Rückforderung rechtswidrig gewährter Beihilfen	
3. Geldstrafen	
4. Rechtsschutz.	
a) Gerichtlicher Rechtsschutz vor den Gemeinschaftsgerichten	
b) Gerichtlicher Rechtsschutz vor den nationalen Gerichten	
	1 10
C. Das Beihilferecht der Tschechischen Republik	150
I. Allgemeines zum tschechischen Gesetz über staatliche Beihilfen	150
1. Anwendungsbereich	150
a) Räumlicher Anwendungsbereich	
b) Ausnahmebereiche	
2. Organzuständigkeit	
II. Die Vorschriften des tschechischen Beihilfengesetzes	
1. Der beihilfenrechtliche Verbotstatbestand, § 2 I GsB	
a) Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen, § 3 GsB	
b) Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige	155
c) Wettbewerbsverfälschung und Beeinträchtigung des Handels zwischen	157
der Tschechischen Republik und den Mitgliedstaaten der EU	157

2. Ausnahmen vom Beihilfeverbot, §§ 4 und 5 GsB	
a) Allgemeine Ausnahmen, § 4 GsB	
b) Besondere Ausnahmen, § 5 GsB und Art. 64 IV a) EA	161
3. Bewertung der EU-Konformität der materiellen Beihilfebestimmungen	0
des tschechischen GsB	
III. Verfahren und Rechtsschutz	
1. Verwaltungsverfahren	
a) Das Verfahren bei bestehenden Beihilfen.	
b) Das Verfahren für neue Beihilfen	
d) Transparenz und Geheimhaltung von Informationen	
e) Das Kooperations- und Konsultationsverfahren, § 7 GsB	
Rückforderung rechtswidrig gewährter Beihilfen	
3. Geldstrafen	
4. Rechtsschutz	
5. Bewertung der EU-Konformität des beihilferechtlichen Verfahrens in der Tschechischen Republik	
IV. Die Beihilfenregelung des Art. 64 I iii EA und die diesbezüglichen	
Durchführungsbestimmungen	187
V. Praktische Erfahrungen mit dem tschechischen Beihilfenrecht	
1. Formen und Volumen der in der Tschechischen Republik und der EU	
gewährten Beihilfen	188
2. Das Beihilfekontrollverfahren vor dem tschechischen Wettbewerbsamt	195
3. Berücksichtigung der Entscheidungspraxis der EG-Kommission und	
5. Deruckstellugung der Entscheidungspraxis der EG-Kommission und	
des EuGH	201
des EuGH	
des EuGH  D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung	
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit	202
des EuGH  D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung	202
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen	202
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit	202
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen	202
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen	202
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen  F. Abschließende Betrachtungen zur Angleichung des tschechischen Beihilfer	202 210 nrecht 216
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen.  F. Abschließende Betrachtungen zur Angleichung des tschechischen Beihilfer  5. Teil: Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union und der Tschechischen Republik.	
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen  F. Abschließende Betrachtungen zur Angleichung des tschechischen Beihilfer 5. Teil: Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union	202 210 nrecht 216
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen.  F. Abschließende Betrachtungen zur Angleichung des tschechischen Beihilfer  5. Teil: Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union und der Tschechischen Republik.	
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen.  F. Abschließende Betrachtungen zur Angleichung des tschechischen Beihilfer  5. Teil: Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union und der Tschechischen Republik.  A. Einleitung	
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen.  F. Abschließende Betrachtungen zur Angleichung des tschechischen Beihilfer 5. Teil: Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union und der Tschechischen Republik.  A. Einleitung  B. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union.	
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen  F. Abschließende Betrachtungen zur Angleichung des tschechischen Beihilfer 5. Teil: Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union und der Tschechischen Republik  A. Einleitung  B. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union  I. Primäres Gemeinschaftsrecht	202210 nrecht 216220225225
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen.  F. Abschließende Betrachtungen zur Angleichung des tschechischen Beihilfer 5. Teil: Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union und der Tschechischen Republik.  A. Einleitung  B. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union.  I. Primäres Gemeinschaftsrecht  II. Sekundäres Gemeinschaftsrecht  1. Die materiellen Vergaberichtlinien der Gemeinschaft  a) Organzuständigkeit	202210 nrecht 216220225225226226227
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen  F. Abschließende Betrachtungen zur Angleichung des tschechischen Beihilfer 5. Teil: Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union und der Tschechischen Republik  A. Einleitung  B. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union  I. Primäres Gemeinschaftsrecht  II. Sekundäres Gemeinschaftsrecht	202210 nrecht 216220225225226226227227
D. Staatliche Beihilfen im Prozess der Privatisierung  E. Die Anwendung der Beihilfevorschriften auf öffentliche und mit bestimmten Sonderrechten ausgestattete Unternehmen.  F. Abschließende Betrachtungen zur Angleichung des tschechischen Beihilfer 5. Teil: Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union und der Tschechischen Republik.  A. Einleitung  B. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Europäischen Union.  I. Primäres Gemeinschaftsrecht  II. Sekundäres Gemeinschaftsrecht  1. Die materiellen Vergaberichtlinien der Gemeinschaft  a) Organzuständigkeit	202210 nrecht 216220225226226227227

c) Schwellenwerte	229
d) Vergabeverfahren	
aa) Die Pflicht zur Veröffentlichung der öffentlichen Aufträge	230
bb) Verfahrensarten	231
cc) Eignungskriterien.	232
dd) Zuschlagskriterien	233
2. Die Rechtsmittel-Richtlinien	234
III. Die geplante Reform der EG-Vergaberichtlinien	236
C. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Tschechischen Republik	239
I. Einleitung	239
II. Das tschechische Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge	
1. Allgemeines zum tschechischen Gesetz über die Vergabe öffentlicher	
Aufträge	240
2. Organzuständigkeit	
3. Anwendungsbereich des VÖAG	
a) Öffentlicher Auftrag und Auftraggeber i.S.d. VÖAG	
b) Ausnahmen vom Anwendungsbereich	
4. Schwellenwerte	
5. Vergabeverfahren	
a) Die Pflicht zur Veröffentlichung der öffentlichen Aufträge	
b) Verfahrensarten	
c) Eignungskriterien	
d) Zuschlagskriterien.	249
6. Rechtsschutz.	250
III. Die geplante Reform des tschechischen Vergaberechts	252
IV. Praktische Erfahrungen mit dem tschechischen Vergaberecht	
D. Abschließende Betrachtungen zur Angleichung des tschechischen	
	260
Vergaberechts	260
6. Teil: Schlusswort	263
Anhang	267